

Kleine Anfrage

des Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP

Auswirkungen des Zensus 2022 auf die Kommunen im Enzkreis

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie haben sich die Bevölkerungszahlen im Enzkreis im Vergleich zwischen dem Zensus 2011 und dem Zensus 2022 entwickelt (bitte nach Kommunen aufschlüsseln)?
2. Wie unterscheiden sich die Einwohnerzahlen der einzelnen Gemeinden im Enzkreis zwischen den Fortschreibungen der Einwohnermeldeämter und den Ergebnissen des Zensus 2022?
3. Welche konkreten Auswirkungen auf die Schlüsselzuweisungen und andere Finanzausgleichszuweisungen ergeben sich für die einzelnen Kommunen des Enzkreises durch die veränderten Einwohnerzahlen infolge des Zensus 2022, vor dem Hintergrund, dass eine vollständige Anpassung der Finanzausgleichszuweisungen nicht unmittelbar erfolgt, sondern stattdessen ein Mittelwert aus Fortschreibung und Zensus gebildet wird?
4. Welche konkreten Maßnahmen plant die Landesregierung, um künftig die Qualität und Zuverlässigkeit der Melderegister zu erhöhen und Differenzen zu amtlichen Zensusdaten zu minimieren?
5. Welche Kommunen im Enzkreis haben gegen die Ergebnisse des Zensus 2022 Widerspruch eingelegt unter Darlegung, bis wann mit einer Rückmeldung zu rechnen ist?
6. Sind im Rahmen des Zensus 2022 Tendenzen erkennbar, nach denen Großstädte gegenüber der bisherigen Fortschreibung eher Bevölkerungszuwächse, ländliche Kommunen jedoch tendenziell Bevölkerungsverluste verzeichnen?
7. Welche Auswirkungen hat die neue Bevölkerungsstatistik auf die infrastrukturellen Planungen und Investitionen des Landes im Enzkreis, insbesondere im Bereich Verkehr, Bildung und Gesundheitsversorgung?
8. Welche kurzfristigen Maßnahmen plant die Landesregierung, um mögliche finanzielle Härten für besonders betroffene Kommunen im Enzkreis abzumildern?
9. Wie bewertet die Landesregierung die Möglichkeit, durch Anpassungen der Verteilungsschlüssel im Kommunalen Finanzausgleich (FAG) zukünftig größere finanzielle Schwankungen aufgrund von Bevölkerungsänderungen abzufedern?
10. Aus welchen Gründen müssen die Kommunen des Enzkreises weiterhin eigene Einwohnermeldeämter mit entsprechenden Kosten und Verwaltungsaufwand betreiben, wenn deren tagesaktuelle Meldedaten in der Praxis für zentrale landespolitische Entscheidungen offenbar weniger Gewicht haben als die im mehrjährigen Turnus erhobenen Zensusdaten?

6.8.2025

Dr. Schweickert FDP/DVP

Begründung

Die durch das Statistische Bundesamt veröffentlichten Ergebnisse des Zensus 2022 haben bei zahlreichen Gemeinden im Enzkreis zu Verunsicherung geführt. Insbesondere Gemeinden mit deutlich abweichenden Einwohnerzahlen befürchten erhebliche finanzielle Konsequenzen durch verringerte Schlüsselzuweisungen und andere Finanztransfers. Um die Situation der betroffenen Kommunen transparent darzustellen und mögliche Maßnahmen der Landesregierung zur Abmilderung negativer Folgen aufzuzeigen, soll diese Kleine Anfrage zur Klärung beitragen.